

EHRHART NEUBERT (ERFURT)

»Nieder mit der DDR« Isolierter, unbekannter und verkannter Widerstand

Der Arbeitsbegriff »unbekannter Widerstand« wurde vor einigen Jahren in der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) als Reaktion auf den gegenwärtigen Stand der Forschungen zur politischen Gegnerschaft in der DDR entwickelt. Es handelt sich hierbei weniger um eine Kategorie politischer Gegnerschaft. Vielmehr war ein Desiderat der Widerstands- und Oppositionsforschung in Speziellen und der DDR-Forschung im Allgemeinen gemeint.

Der Begriff »unbekannter« Widerstand wird sich in dem Maße erübrigen, wie die Forschung Fortschritte machen wird. Als weithin unbekannt erwiesen sich zahllose Phänomene widerständigen Verhaltens, die im Schriftgut des MfS, in Karteikarten und Akten der unterschiedlichsten Gattungen¹ dokumentiert sind. Zum einen hat das MfS mit Energie daran gearbeitet, Widerstandsaktionen nach Möglichkeit nicht öffentlich werden zu lassen und sie aus politischen Gründen in seine Archive verbannt. Nur wenn die SED Schauprozesse inszenierte, kamen solche Dinge ans Licht, wenn auch verzerrt.

Zum anderen handelt es sich überwiegend um einen Typ des Widerstandes, der von den Akteuren höchst geheim und mit größter Vorsicht vorgetragen werden musste. Die Akteure mussten auf Kommunikationsstrukturen verzichten und handelten daher isoliert. Zudem ergibt sich aus den Modalitäten und Inhalten, dass viele Aktionen ohne größere Vorbereitungen spontan unternommen wurden. Diese Handlungen konnten auch selten mehr als regionale Aufmerksamkeit finden, obwohl sie stets auf die Öffentlichkeit zielten. Sie blieben oft genug auch in der DDR unbekannt. Bislang dominieren in der Forschung Widerstandsformen, die seit den 40er und 50er Jahren in der DDR und in der Bundesrepublik bekannt wurden. Ein erheblicher Teil dieses Widerstandes hatte im Westen, zumeist in West-Berlin, logistische Stützpunkte. Gruppen, wie der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (UFJ), die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und anderer Träger, konnten in der DDR regelrechte Netzwerke aufbauen und ihre Aktionen aus relativ sicherer

¹ Nähere Angaben zu den einschlägigen Aktenbeständen bei Kowalczyk, Ilko-Sascha/Teske, Regina: Unbekannter Widerstand. Politische Gegnerschaft in der DDR 1949 bis 1989. Ein Datenprojekt, in: Deutschland Archiv 37 (2004), H. 5, S. 839–845.

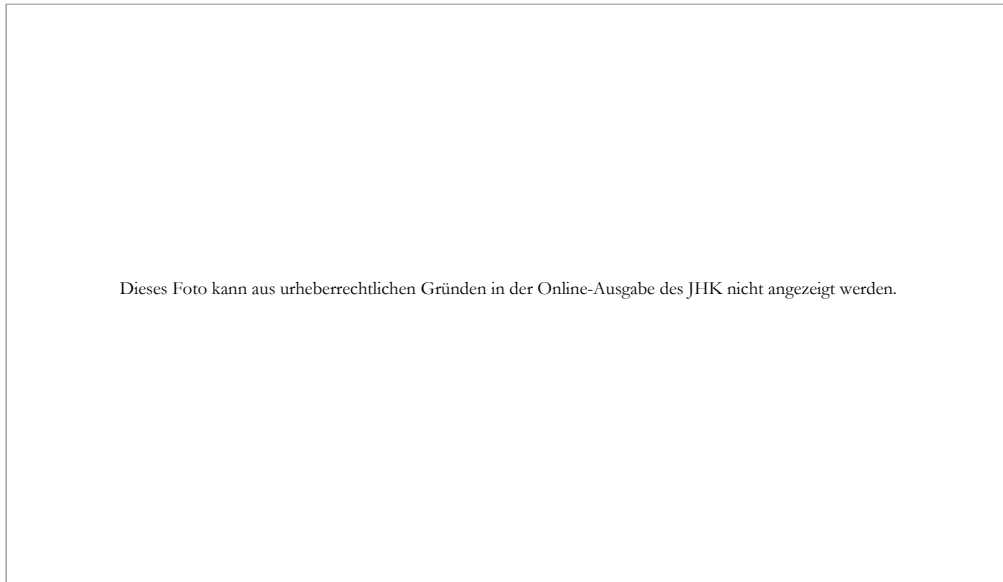


Abb. 1: Plakat zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution 1977 mit der Losung »Nieder mit der DDR« im Fußgängertunnel am Alexanderplatz in Berlin.

Entfernung planen. Solche Vorgänge haben diese Initiativen dokumentiert. Auch Angehörige studentischer Widerstandsgruppen, die sich gegen die Vereinnahmung der demokratischen Parteien wandten, konnten nach ihrer Flucht oder nach der Haftentlassung in die Bundesrepublik über ihr Schicksal berichten. Zunächst gab es noch eine intensive Beschäftigung mit den Systemgegnern in der DDR. Vor allem zum 17. Juni 1953 entstand eine anspruchsvolle, wenn auch widersprüchliche Literatur. Hinzu kommt, dass politische Flüchtlinge und Haftentlassene in den 50er Jahren in der Bundesrepublik noch große Aufmerksamkeit fanden. Die Forschung konnte hier auf Materialien zurückgreifen, die in der Bundesrepublik vorhanden waren.

Der Gegenstand war für die historische und politische DDR-Forschung seit den 70er Jahren aber nicht mehr in die gebräuchlichen Deutungsmuster der kommunistisch beherrschten Gesellschaften einzuordnen. Die Wissenschaftler diagnostizierten zwar gewisse Defizite in diesen Gesellschaften, aber die internen Spannungen in ihrer systemsprengenden Dynamik nahmen sie nicht wahr. Opposition und Widerstand, ebenso wie die politisch motivierte Repression, wurden zu einem ungeliebten Randthema der DDR-Forschung. Vereinzelt Dokumentationen im *Deutschland Archiv* und anderen Zeitschriften sowie Veröffentlichungen von Ausnahmerecheinungen wie dem Historiker Hermann Weber² und dem

² Weber, Hermann: *DDR – Grundriss der Geschichte 1945–1990*, Hannover 1976; Ders.: *Aufbau und Fall einer Diktatur: kritische Beiträge zur Geschichte der DDR*, Köln 1991.

Journalisten Karl Wilhelm Fricke³, einigen jüngeren Autoren⁴, kritischen Kirchenleuten⁵ oder geflüchteten und ausgebürgerten Oppositioneller⁶ konnten diesen Mangel nicht ausgleichen.

Mit den für Politik und Wissenschaft unverhofften Revolutionen 1989 in Ostmitteleuropa stieg der Wissens- und Erklärungsbedarf sprunghaft an. Im allgemeinen Aufschwung der Forschungen zur politischen Gegnerschaft legten neben Autoren, die selbst in die damaligen Vorgänge verstrickt waren und schon früher veröffentlicht hatten (wie etwa Karl Wilhelm Fricke, Siegfried Mampel oder Thomas Ammer) nun weitere Wissenschaftler Veröffentlichungen vor, die die Aktivitäten einzelner früher Widerstandsgruppen⁷ rekonstruierten, am Widerstand beteiligte Personen porträtierten⁸ oder die Vorgehensweise des MfS darstellten⁹. Insbesondere waren auch die Parteien SPD und CDU daran interessiert, die Verfolgung ihrer widerständigen Mitglieder und Funktionäre in der Nachkriegszeit aufzuklären.¹⁰ Für diese Forschungen waren die nun zugänglichen Akten des MfS und anderer DDR-Organe eine wichtige Grundlage.

Ein weiterer Schwerpunkt der Forschung waren die Oppositionsformen der späteren Jahre.¹¹ Einen wichtigen Strang in der Oppositionsgeschichte der DDR von den 50er bis in die 70er Jahre bildeten die marxistischen Dissidenten. Die

³ Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979; Ders.: Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984.

⁴ Unter anderen Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus (Hrsg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982, Hattingen 1982; Ehring, Klaus [Pseudonym von Hubertus Knabe]/Dallwitz, Martin [Pseudonym von Ulrich Mickan]: Schwerter zu Pflugscharen: Friedensbewegung in der DDR, Reinbek bei Hamburg 1982.

⁵ Linke, Dietmar: Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR, Hamburg 1988; Falcke, Heino: Mit Gott Schritt halten. Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR aus 20 Jahren, Berlin 1986.

⁶ Klier, Freya: Abreißkalender. Versuch eines Tagebuches, München 1988; Hirsch, Ralf/Kopelew, Lew (Hrsg.): Initiative Frieden & Menschenrechte. Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum, Berlin 1989.

⁷ Mühlen, Patrik von zur: Der Eisenberger Kreis. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953–1958, Bonn 1995; Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978), Hamburg 2001.

⁸ Fricke, Karl Wilhelm/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002.

⁹ Fricke, Karl Wilhelm/Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998.

¹⁰ Siehe Buchstab, Günter (Hrsg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1997; Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg 2000.

¹¹ Forschungsbericht von Neubert, Ehrhart: Die Opposition in den achtziger Jahren, in: Eppelmann/Faulenbach/Mählert (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S. 180–187.

Genese dieser Phänomene lag in der 1956 eingeleiteten Entstalinisierungsdebatte.¹² Die sich seit den 60er Jahren herauskristallisierende Opposition agierte öffentlich und legalistisch. Sowohl die Künstler, wie Wolf Biermann, die marxistischen Dissidenten, wie Robert Havemann, oder das breite Spektrum der im kirchlichen Öffentlichkeitsraum agierenden Bewegungen der 80er Jahre und die Akteure der Revolution 1989 haben eine Fülle von zugänglichen Texten produziert. Die MfS-Akten haben hier grundsätzlich Bekanntes vertieft und ergänzt.

Das Erstaunen der etablierten Autoren der Zeitgeschichte über die Fülle und auch die Kontinuität der Phänomene hat Jürgen Kocka in einer Bilanz zur DDR-Forschung seit 1990 zum Ausdruck gebracht: »Aber die Forschung hat in diesem Bereich sehr viel Neues erbracht bzw. bestätigt, was früher nur von Außenseitern behauptet worden war.«¹³ Allein eine solche Äußerung belegt, dass die DDR-Forschung die politische Gegnerschaft in der DDR nicht nur ignoriert, sondern regelrecht verkannt hat. Doch diese Defizite sind noch längst nicht behoben.

Zum einen sind die Quellen zur Erforschung des »unbekannten und isolierten Widerstandes« wesentlich schwieriger zugänglich. Häufig steht hier nur die MfS-Überlieferung zu Verfügung, sowohl die zu den von den Untersuchungsorganen aufgeklärten Aktivitäten, als auch die, bei denen die »Täter« nicht ermittelt werden konnten. Weitere Quellen stellen interne Lageberichte und »Vorkommismeldungen« in den Beständen der Polizei, der SED und anderer Organisationen dar. Eine noch kaum in den Blick gekommene Datenfülle hat sich inzwischen bei den Behörden und Einrichtungen für die Rehabilitation von Verfolgten angesammelt.¹⁴ Die Frage der Zugänglichkeit soll hier nicht erörtert werden. Es versteht sich aber von selbst, dass alle Aktenbestände höchst sensible persönliche Daten enthalten, die nur unter bestimmten Voraussetzungen ausgewertet werden können.

Widerständler, die etwa nach der Verbüßung von Haftstrafen in den Westen gegangen sind, konnten dort nur selten ihre »Geschichte« verbreiten. In der DDR verbliebene mussten bis 1990 über ihre Erfahrungen schweigen. Nicht wenige traumatisierte Menschen haben oft Jahre gebraucht, um über diese Dinge zu reden. Eine Reihe von Akteuren ging seit 1990 aber selbst in die Öffentlichkeit. So liegt eine ganze Reihe von Erlebnisberichten vor, die in den Medien verbreitet

¹² Kowalczyk, Ilko-Sascha: Frost nach kurzem Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1997, S. 167–215; Ders.: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Berlin 2000.

¹³ Kocka, Jürgen: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Herrmann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv 36 (2003), H. 5, S. 765.

¹⁴ Hier sei auf die Datensammlung des »Bürgerbüro e. V. zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur« in Berlin verwiesen.

wurden oder als Broschüren bei den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes oder bei den Opferverbänden erschienen sind. Darüber hinaus gibt es auch erste wissenschaftliche Untersuchungen, die in Artikeln oder als Monographien vorliegen.

Obwohl die Forschungen zu diesen Formen des Widerstandes in den Anfängen stecken, sind einige Aussagen jetzt schon möglich. Das betrifft soziologische Daten der Akteure sowie die Strukturen, Motive und Anlässe ihres Handelns. Der unbekannte Widerstand lässt zudem Rückschlüsse auf die politischen Vorstellungen und Ziele von Bevölkerungsgruppen zu, die bislang wenig in der Widerstands- und Oppositionsforschung untersucht wurden. Insofern führen diese Phänomene auf Spuren, die eventuell die politische Haltung weiter Bevölkerungskreise während der Herbstrevolution erklären können.

Widerstand als Alltagsphänomen

Sinnfälligster Ausdruck des unbekanntes Widerstandes waren die öffentlichen Aktionen. Viele aufmerksame DDR-Bürger haben sie wahrnehmen können. Losungen gegen das Regime wurden an Gebäude oder auf Straßen geschrieben. Flugblätter, vom MfS als »Hetzschriften« bezeichnet, wurden an öffentlichen Stellen oder in Verkehrsmitteln ausgelegt, in Briefkästen gesteckt oder angeklebt. Es gab Plakate in allen Formaten mit Texten und Symbolen. Gedichte wurden geschrieben, weitergegeben und oft immer wieder abgeschrieben. Die Mittel waren in der Regel sehr einfach, handelsübliche Farben wurden verwendet. Mit Kindersetzkästen und Spielbuchstabenstempeln konnten einfache Drucke hergestellt werden. Zum Schutz vor Ermittlungen wurden Handschriften verfremdet oder Texte aus Zeitungsausschnitten zusammen geklebt. Aber auch offizielle Plakate, Symbole, Bilder der führenden Politiker oder Propagandabilder wurden zerstört, verunstaltet oder mit eigenen Beschriftungen versehen.

Für die Bevölkerung kaum wahrnehmbar waren Mitteilungen, die direkt an Partei- oder Staatsstellen gerichtet waren. Mit Briefen oder Telefonanrufen wurde den Funktionären aller Ebenen gedroht. Bei den »Wahlen« wurden Stimmzettel beschriftet oder beklebt. Da dies unter den wachsamen Augen der Wahlaufsicht gemacht werden musste, war das nicht ungefährlich. Seltener wurden Sabotagehandlungen durchgeführt. Da der SED-Staat geschädigt werden sollte, gab es solche Aktionen in der Landwirtschaft und in der Industrie. Allerdings hat das MfS bei unzähligen Havarien, zu denen es wohl eher durch den schlechten Zustand von Anlagen und technischen Einrichtungen gekommen war, Sabotage vermutet und nach »Tätern« gefahndet, ohne dabei zum Erfolg kommen zu können. Dazu kamen eine Fülle von phantasievoll ausgedachten Symbolhandlungen, schwarze Fahnen oder Trauerkränze am 13. August, aufgestellte Kerzen bei Unglücken im



Abb. 2: MfS-Dokumentation der Protestschrift »Weg mit Mienenfeld und Mauer 13. 8.« auf der Landstraße F 101 zwischen Lauter und Neuwelt bei Aue vom 30. oder 31. Juli 1978.

Westen, oder bei Unfällen unter Beteiligung von sowjetischem Militär gab es Grabsteininschriften wie: »durch fremde Schuld«. In vielen Fällen ist es erforderlich, zwischen Widerstandshandlungen und unpolitischen Unmutsbekundungen, Ärger in den »Arbeitskollektiven« oder dem alltäglichen Zorn über schlechte Versorgungen mit Waren und Dienstleistungen zu unterscheiden. Die Grenzen sind hier freilich fließend. Etwa bewusst langsames Arbeiten, soziale Proteste, Streikandrohungen oder die Verweigerung von auferlegten Verpflichtungen waren allein schon riskant, weil sie politisch ausgelegt werden konnten und wurden. Politische Witze oder derbe Streiche von Abiturienten wurden eher geduldet, wenn auch misstrauisch beargwöhnt und nicht selten als feindlicher Akt interpretiert.

Die gesellschaftliche Funktion der in der DDR enormen Witzkultur¹⁵ bestand in der möglichst drastischen und nach Möglichkeit schwer angreifbaren Benen-

¹⁵ Dazu die Ausführungen bei: Schlosser, Horst Dieter: Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990; Schiewe, Jürgen: Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart, München 1998; Blasius, Anke: Der politische Sprachwitz in der DDR. Eine linguistische Untersuchung, Hamburg 2003.

nung der Differenz zwischen Herrschenden und Beherrschten. Die Erzähler von Witzen und Sprachspielen erkundeten zunächst die politischen Einstellungen ihrer Zuhörer. Der Witz selbst nahm die Sprache der SED auf und machte sie durch Verfremdungen zu seiner eigenen. Diese semantischen Ambivalenzen zeigten mehr oder weniger verschlüsselt Alternativen zur Absurdität der erfahrenen Realität, etwa: »Sag mal ein anderes Wort für saure Gurke. – Banane in den Farben der DDR.« Fleißig sammelte das MfS solche Witze. Entsetzt meldete die Kreisdienststelle des MfS Hainichen im Jahr 1979, dass die Volkspolizisten »auf Grund der Wettersituation« »negative Diskussionen führten« und dabei Witze erzählten. Unter anderem: »Warum gibt es in der DDR soviel Schlaglöcher? – Weil diese nicht exportiert werden können.«¹⁶

Die einschlägige Akte des MfS für 1978 bis 1980 aus Chemnitz enthält zahlreiche Witze und sechs Gedichte, »Hetzgedichte«. Im Gedicht »Oh Erzgebirg!« hieß ein Vers: »Es gibt keine Brätter für die Lauben / für den Trabi keine Schrauben / Scheißpapier ist schlacht zu kriegen, / aber ins Weltall kann wir fliegen.«¹⁷

Im Gedicht »Inter – Inter – Inter« beschwerte sich der Reimeschreiber drastisch, dass es jetzt nach »Intershops«, »Interhotel« und »Intertank« schon »Interklos« für »Westtouristen« an der Autobahn gibt. Doch DDR-Bürger dürften nicht einmal halten, weil sie nicht »Inter«¹⁸ sind. Und in einem Katalog der »Prinzipien unserer Arbeit« werden unter anderem Folgende genannt: »Staatliche Aufgaben zu erfüllen heißt, überbieten ohne zu erfüllen.« »Jeder macht was er will – keiner macht was er soll – aber jeder macht mit.« »Bei uns kann jeder werden was er will – ob er will oder nicht.«¹⁹

Das MfS versuchte, alle »Täter« zu ermitteln und die »Objekte« einzusammeln. Das Problem bestand aber eigentlich darin, dass diese Texte in zahlreichen Großbetrieben zu Hunderten Exemplaren kursierten, weil es handschriftliche Abschriften gab und Sekretärinnen die Elaborate abgeschrieben und vervielfältigt hatten. Als »Täter« und »Mittäter« wurden nicht nur Arbeiter und Angestellte festgestellt, sondern auch Leitungspersonal auf allen Ebenen. Oft blieb nichts als Disziplinierungsgespräche und Drohungen. Aber die beteiligten Personen wurden alle registriert. Die Spitzel hatten alle Hände voll zu tun – und beschafften sich selbst die Texte zum eigenen Gebrauch. Die Autoren solcher »herabwürdigender« Hetzgedichte konnten in keinem Fall ermittelt werden.

Solche relativ milden witzigen Proteste und der isolierte Widerstand mit weit unverblümter ausgesprochener Kritik haben nichts mit dem neuerdings debattier-

¹⁶ Verbreitung von »Hetzgedichten« im Bezirk Karl-Marx-Stadt 1978–1980, in: Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (im Folgenden: BStU), MfS, Ast Chemnitz, AKG 2123, Bd. 1, Bl. 2.

¹⁷ Ebenda, Bl. 37.

¹⁸ Ebenda, Bl. 9.

¹⁹ Ebenda, Bl. 8.

ten und in der DDR-Gesellschaft massenhaft in Erscheinung getretenen »Eigensinn« zu tun, der »den totalitären Geltungsanspruch der SED unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der relativen Eigenständigkeit sichern«²⁰ konnte. Hierbei handelte es sich um soziale Techniken, die erlernt werden konnten und mussten, um den Alltag bestehen zu können. Dieser Eigensinn war systemstabilisierend und hat die Herrschaft der SED nicht in Frage gestellt. Wurden Anfang der 50er Jahre noch kleinste Delikte, etwa der Diebstahl eines dreiviertel Kilogramms Sauerkraut, mit einem Jahr Gefängnis geahndet,²¹ beteiligten sich später unter stillschweigender Duldung der SED große Teile der Bevölkerung samt vieler Funktionäre an der grauen und oft betrügerischen Wirtschaft jenseits der staatssozialistischen Normen. Die Bevölkerung reparierte damit partiell die Disfunktionalität des Systems. Die SED-Herrschaft war nicht durch die unpolitischen Schwejkjaden herausgefordert, sondern allein durch die mit politischen Mitteln angestrebten Veränderungen, sei es die Beseitigung des Systems oder auch seine Reform.

Die Widerstandsforschung tangiert darum die Herrschaftsgeschichte wie auch die Gesellschaftsgeschichte, geht aber nicht in ihnen auf. Sie erforscht einen politisch-gesellschaftlichen Raum, den das kommunistische SED-Regime nicht besetzen konnte. Sie konnte diesen Raum weder durch repressive Maßnahmen noch durch soziale Integration schließen. Der Widerstand entstand immer wieder neu aus der tiefen Spaltung zwischen Partei und Gesellschaft. Diese Spaltung, die die kommunistische Utopie ursprünglich mit ihrer Einheitstheorie überwinden wollte, wurde gerade vertieft, weil die Partei in der Gesellschaft allein das Gesetz des Handelns beanspruchte. Indem sich die SED anmaßte, allein die politischen und sozialen Problemlagen zu definieren und zu lösen, musste sie über die politische und soziale Wirklichkeit den Schirm des Scheins spannen. Opposition und Widerstand war dann nichts anderes als die unabhängige und nieerloschene politische Artikulation der Gesellschaft. Dieses politische Eigenleben der Gesellschaft war äußerst heterogen und stand in einem Wechselverhältnis zum jeweiligen Zustand des politisch-sozialen Gefüges.

Freilich stellten die genannten Widerstandsaktionen nur ein schwaches und leises Klopfen an dem Deckel dar, der auf die Gesellschaft gestülpt war. Die häufig kritisierten Feststellungen, dass die DDR-Gesellschaft »stillgelegt« war und sich im Griff einer totalitären Herrschaft befand, können durch die Existenz dieses Widerstandes nicht zurückgewiesen werden. Wohl aber zeigen die Widerstandsaktionen, welche Energien die SED aufbringen musste, um die Gesellschaft ruhig zu halten. Dadurch gab es stets ein Neben- und Ineinander von Stabilität und Fra-

²⁰ Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen, in: Ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Berlin 1999, S. 25.

²¹ Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 71.



Abb. 3: Der unbekannte Schreiber dieser Losung warnte seine Leser vor der »Kommunismus-Sackgasse«. Das Foto wurde vom MfS in Bienenmühle, Kreis Brand-Erbisdorf im damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt am 17. Juni 1977 aufgenommen.

gilität der DDR. Die kommunistische Machtentfaltung war nur durch terroristische Maßnahmen gegenüber der Gesellschaft möglich gewesen. Der SED-Staat kollabierte im Jahre 1989, weil er die Eigenbewegung der Gesellschaft nicht mehr eindämmen konnte. Insofern handelte es sich auch um einen »Untergang auf Raten«²², der nicht erst mit der von der Opposition initiierten gesellschaftlichen Emanzipation bzw. in der Entwicklung der Zivilgesellschaft 1989 begann, sondern eine lange Vorgeschichte hat. Die Oppositions- und Revolutionsgeschichte lässt sich nicht ohne die zivilgesellschaftliche Komponente schreiben.²³ Es muss aber auch beachtet werden, dass jene scheinbar marginalen Kleinereignisse des Widerstandes Symptome einer stillgelegten Gesellschaft im Wartestand waren.

So isoliert auch die Akteure handeln mochten, drückten sie doch aus, was viel mehr Menschen dachten, erfuhren und woran sie litten. Die oft sehr kurzen Bot-

²² Mitter, Armin/Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993.

²³ Siehe Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993; Mühlen, Patrik von zur: Aufbruch und Umbruch in der DDR, Bonn 2000; Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989, Göttingen 2000; Jarausch, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

schaften, manchmal nur auf ein Datum – etwa die Chiffre für die Radikalabsage an das Regime »17. Juni« – reduziert, wurden prinzipiell verstanden. Die Bevölkerung im Ganzen wusste, worum es geht, neue Botschaften gab es nicht. Das Besondere war nur, dass es jemand trotz der hohen Risiken wagte, die Lüge zu benennen. Das zeigt aber auch, dass eben die Handlungsmöglichkeiten für Gegner des Systems äußerst gering waren. Aus dieser Einengung wuchsen auch die politischen Strategien, die sich an den Möglichkeiten orientierten und ausformten, die das Herrschaftssystem an seinen Bruchstellen bot.

Der »unbekannte« Widerstand unterscheidet sich gerade in seinem strategischen Ansatz erheblich von der gleichzeitig agierenden Opposition. Oppositionelle Personen oder Gruppen versuchten auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts, die Machtträger zur Einhaltung dieser Normen zu veranlassen, um deren Macht zu begrenzen. Ansätze dazu fanden sich schon bei Wolfgang Harich und den späteren marxistischen Dissidenten wie Wolf Biermann und Robert Havemann. Voll ausgeprägt war dieser Typ²⁴ politischer Gegnerschaft schließlich bei den in und mit den Kirchen handelnden Gruppen der späten 70er und der 80er Jahre. Zum einen nutzten sie das formale Existenzrecht der Kirchen. Zum anderen entwickelten sie gewaltlose legalistische Strategien, die die Legitimation sozialistischer Gesellschaftsentwürfe nicht grundsätzlich infrage stellte und ein Einschreiten des Staates erschwerten. Die politische Ambivalenz dieser Opposition war offensichtlich, bedeutete sie doch eine Selbstbegrenzung in den politischen Zielsetzungen und kreierte einen häufig an Wirklichkeitsverlust leidenden sozial-ethisch begründeten Reformutopismus.

Das musste nicht unbedingt den politischen Gehalt dieser Opposition mindern. Sie nutzte jeden noch so kleinen legalen Spielraum, um sich als eigenständige politische Kraft in der Öffentlichkeit zu zeigen und setzte sich für die Demokratisierung des politischen Systems, die Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und die Erweiterung des individuellen Handlungsspielraums ein. SED und MfS

²⁴ Siehe Neubert, Ehrhart: Die Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 2000, S. 25–33; Ders.: Was waren Opposition, Widerstand und Dissidenz in der DDR?, in: Kuhrt, Eberhard/Buck, Hannsjörg F./Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 17–47; Eckert, Rainer: Widerstand und Opposition in der DDR. Siebzehn Thesen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), H. 1, S. 4–65; Ders.: Widerstand und Opposition: Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte, in: Neubert, Ehrhart/Eisenfeld, Bernd (Hrsg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001, S. 27–36. Anders hingegen Kowalczyk, Ilko-Sascha: DDR: Opposition und Widerstand, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999, Bonn 1999; Ders.: Gegenkräfte: Opposition und Widerstand in der DDR – Begriffliche und methodische Probleme, in: Kuhrt, Eberhard/Buck, Hannsjörg F./Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 47–82.

schufen speziell auf die Opposition zugeschnittene Strafgesetze und Verordnungen.²⁵ Und das MfS identifizierte im Legalismus eine konterrevolutionäre Strategie als »Versuche der Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit, um mit der Partei und dem Staat in einen politischen Dialog zu treten und sich somit Legalität zu erschleichen.«²⁶ Wie wirksam dieser Legalismus war, zeigte sich bei der letzten »Volkswahl« am 7. Mai 1989, als sich die Opposition an die legalen Verfahren hielt und die in der DDR strafbaren Wahlfälschungen aufdeckte.²⁷

Die oppositionellen Handlungsformen entfalteten sich nur unter hohen ideellen und materiellen bzw. infrastrukturellen Voraussetzungen. Sie konnten sich nur in einem eigens entwickelten Öffentlichkeitsraum mit hinreichend gesicherten Kommunikations- und Informationsstrukturen zwischen Personen und sozial kompetenten Gruppen ausbilden, die auch ein geistiger Konsens verband. Dies war für einen Widerstand, der auf eine Schwächung oder Beseitigung der SED-Macht zielte, kaum möglich. Zwar konnte der frühe Widerstand in der DDR teilweise solche Bedingungen erfüllen, da er noch in soziale Milieus eingebettet war. Die um ihre Interessenvertretungen beraubten Arbeiter, die von der Kollektivierung bedrohten Bauern, die in ihrer freien Willensbildung behinderten demokratischen Parteien, die von Eigentumsentzug betroffenen Mittelschichten, die um die Wissenschaftsfreiheit gebrachten bildungsbürgerlichen Eliten sowie die um die Religionsfreiheit bangenden Kirchen agierten anfangs in einem sozialen Raum, der sie wenigstens teilweise akzeptierte und trug. Selbst die Teilnehmer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 konnten sich auf einen breiten Konsens stützen, der an der Wiederherstellung des Rechtes orientiert war und die Selbstlegitimierung und Scheinlegalisierung der SED ablehnte. In dem Maße, wie die Widerständler isoliert handeln mussten, weil die Milieus aufgerieben waren und jede Kommunikation unterbunden wurde, mussten sie in die Konspiration ausweichen.

Die strikte Geheimhaltung und das hohe Risiko verlangten nach einem effektiven Einsatz der Mittel und erforderten auch eine Zuspitzung der politischen Inhalte. Es kam darauf an, dem System zu schaden, wenn es schon nicht zu beseitigen war. Auf die Selbstlegitimierung der SED musste nicht Rücksicht genommen werden. Selbst Gewalt erschien Widerständlern eine angemessene Antwort auf die Gewalttätigkeit des Regimes. Immer wieder wurde auf die Gewaltakte des Re-

²⁵ Siehe Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren, in: Engemann, Roger/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 375–410.

²⁶ Konzeption zur Verteidigung des Forschungsprojektes »Die Analyse des aktuellen Erscheinungsbildes politischer Untergrundtätigkeit, der Herausarbeitung wesentlicher Tendenzen ihrer Entwicklung und die Ableitung grundsätzlicher Konsequenzen für die weitere politisch-operative Arbeit und ihrer Leitung auf diesem Gebiet«. Entwurf, in: BStU, MfS, ZAIG 7972, Bl. 15.

²⁷ Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die Wahlfrage, Berlin 2000.

gimes, etwa auf Mauer und Stacheldraht, die Schüsse an der Grenze, die militärischen Einsätze 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei oder auf die politischen Gefangenen hingewiesen. Gegen die sowjetische Besatzung wurde polemisiert. Die Schriften waren gegen die »Selbstbedienung« der SED-Funktionäre, gegen die Wirtschaftsweise, die Militarisierung, den Wohnungsmangel, die Einschränkung der Medien, die Scheinwahlen, die Stasi, die SED und vieles andere mehr gerichtet. Es gab praktisch keinen Lebensbereich, eben auch keinen des Alltags, der nicht mit herber Kritik belegt wurde.

Insgesamt zeigen Aktionen und deren Ziele, dass dieser breite Widerstand eine Totalabsage an das SED-Regime beinhaltete. Von einer Übereinstimmung oder gar Zustimmung der Bevölkerung kann wohl bei dem Ausmaß solcher Aktionen kaum gesprochen werden. Insofern ist dieser Widerstand auch von der Oppositionsforschung verkannt worden.

Motive des Widerstandes

Bislang ist es nicht möglich über vage Schätzungen hinaus das gesamte Ausmaß und die Häufigkeit von Widerstandsaktionen zu bemessen. Die in den Beständen der BStU vorhandenen Quellen weisen auf hunderttausende erfasste Personen oder Ereignisse hin. In vielen Fällen konnte das MfS oder die Polizei die handelnden Personen nicht ermitteln. In der DDR gab es seit 1949 weit über 200 000 politische Häftlinge und weitere tausende, bislang nicht genau zu bestimmende, von Operativen Vorgängen des MfS Betroffene sowie unzählige, anderweitig disziplinierte Menschen. Allerdings ist dabei zu beachten, dass nicht alle Repressierten Widerstand geleistet oder eine Opposition organisiert haben. Vielmehr konnten Zufälle, unbegründete Verdachtsmomente oder ein durchaus auch unpolitisches Abweichen von den vorgegebenen ideologischen und politischen Erwartungen des Regimes Menschen in die Repressionsmechanismen geraten und zu »Opfern« werden lassen.

Außerdem muss auch bedacht werden, dass nicht alle an Widerstandsaktionen Beteiligten mit Haftstrafen belegt wurden. So gab es aus politischen Gründen nach dem Aufstand am 17. Juni 1953 trotz der Verhaftung von ca. 12 000 Personen eine deutliche Zurückhaltung der Strafjustiz. In Operativen Vorgängen wird häufig vermerkt, dass eine strafrechtliche Verfolgung aus politischen Gründen nicht in Betracht kommt. Solche Fälle gehören dennoch zu den Phänomenen des Widerstandes.

Die hohe Zahl der politisch Verfolgten weist darauf hin, dass die Widerständler nicht aus geschlossenen Milieus kamen. Zwar ist deutlich, dass im Zuge der kommunistischen Transformation der Gesellschaft jeweils aus solchen Gruppen Widerstand geleistet wurde, deren soziale und kulturelle Identität gefährdet war.

In den verschiedenen Fluchtwellen stellten diese Gruppen häufig den Großteil der Flüchtlinge. Doch mit der zunehmenden und schließlich erreichten weitgehenden sozialen Homogenisierung konnte die SED kein einziges Segment der Gesellschaft befrieden. Der Widerstand wurde von Arbeitern, Ingenieuren, Genossenschaftsbauern, Studenten, Schülern und Intellektuellen, Hausfrauen und immer wieder von Jugendlichen organisiert und ausgeführt. Dass es zu Widerstandshandlungen von Häftlingen²⁸ kam, mag nicht erstaunlich sein. Diese gab es auch in den Kernbereichen der Diktatur, etwa dem Militär²⁹ und vereinzelt auch im MfS, wenngleich dies meistens Flucht- und Verratshandlungen waren.

Angehörige sozialer oder kultureller Gruppen sind häufig an ihren spezifischen Forderungen erkennbar. Zu bestimmten Zeiten forderten Jugendliche die Zulassung von Beat-Musik, in Wohngebieten wurde gegen die mangelhafte Versorgung protestiert und Intellektuelle verlangten die Freiheit des Geistes. Zu erkennen ist auch, dass alle Bildungsgrade unter den Widerständlern vertreten waren. Es sind sehr intelligent organisierte und durchgeführte Widerstandsprojekte dokumentiert, wie auch die mutigen Aktionen sehr einfacher Leute, die ihre ganze Wut zum Ausdruck brachten, häufig mit vielen orthographischen Fehlern.

Um abzuklären, welche Motive diese Menschen für ihren Widerstand hatten, muss berücksichtigt werden, dass von einer besonderen Prädisposition bestimmter sozialer Gruppen für den Widerstand keine Rede sein kann. Die traditionellen Milieus waren eben verschwunden, wird einmal von den Kirchen abgesehen. Aber selbst dort galt, dass die einen in den Widerstand gingen, während die anderen sich – aus welchen Gründen auch immer – in Loyalität oder sogar Kollaboration übten. Von einer »Neuen Sozialen Bewegung« (NSB), wie in der Bundesrepublik angenommen, kann in der DDR keine Rede sein. Die Verlockung, solche Theorien auf DDR-Verhältnisse bzw. auf die DDR-Opposition zu übertragen,³⁰ rührte wohl eher aus dem Versuch der westdeutschen Autoren, die zivilisationskritische

²⁸ Wunschik, Tobias: Selbstbehauptung und politischer Protest von Gefangenen im DDR-Strafvollzug, in: Neubert/Eisenfeld: Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 26), S. 233–254.

²⁹ Eisenfeld, Bernd: Formen widerständigen Verhaltens in der Nationalen Volksarmee und bei den Grenztruppen, in: Neubert/Eisenfeld: Macht – Ohnmacht – Gegenmacht (Anm. 26), S. 231–266.

³⁰ Knabe, Hubertus: Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Psychologie und Sozialpsychologie 40 (1988), H. 3, S. 551–569. Aber auch Probst, Lothar: »Der Norden wacht auf«. Zur Geschichte des politischen Umbruchs in Rostock 1989–91, Bremen 1993; Ders.: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft, Köln 1993; Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. 7/2, S. 1950; Fehr, Helmut: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und Ungarn, Opladen 1996.

Protestbewegung seit den 70er Jahren im Westen mit einem importierten ideologischen Legitimationsmuster auszustatten. Die NSB-Theorie ist einer Erklärung abträglich, weil diese Theorie schon Motive des Handelns unterstellt, die sich empirisch überhaupt nicht belegen lassen.

Die isoliert – wenn auch in großer Zahl vorgetragenen – Widerstandshandlungen lassen sich mit den gängigen sozialwissenschaftlichen Ansätzen weder erfassen noch erklären. Erfolgversprechender sind Ansätze, die biographiewirksame Entscheidungskonstellationen berücksichtigen, um die Personalität und Autonomie der Handlungsträger zu wahren und den deterministischen Effekten sozialwissenschaftlicher Theorien zu entgehen.

Gerade im Blick auf den Einzelnen und vereinzelt Handelnden gilt die Erfahrung, dass die letzte Barriere gegen die Durchsetzung totalitärer Ansprüche die Konstitution bzw. die Selbstbehauptung des Individuums ist. Dessen freie Entscheidung in kritischen Situationen konnte von den Herrschenden nur um den Preis der Vernichtung seiner juristischen und moralischen Person³¹ verhindert werden. Das findet sich vielfach in den MfS-Vernehmungsprotokollen bestätigt. Es gibt Vernommene, deren Persönlichkeit unter dieser Last zusammenbrach. Aber es gibt eben auch diejenigen, die sich in solchen Extremsituationen behaupten konnten. Der Nutzen, der daraus für sie entstand, ist ein Gewinn an Autonomie. Zu diesem Autonomiegewinn kann es aber nur kommen, wenn Menschen auch ohne Aussicht auf Erfolg und unter Risiken den Konflikt mit der Umwelt nicht scheuen. Solche Konstellationen ergeben sich häufig in individuellen biographischen Konfliktsituationen, etwa aus der eigenen oder familiär überlieferten Erfahrung mit Repression. Die Entscheidung für den Widerstand ist dann die Möglichkeit, solche Konflikte zu bearbeiten³² und einem drohenden Identitätsverlust entgegen zu wirken.

Die geistige und kulturelle Identitätswahrung als Motiv für widerständiges Verhalten ist ein Kontinuum in der Widerstands- und Oppositionsgeschichte, die bis zum Ende der Diktatur 1989 eine Rolle spielte.³³ Auch die sich in den personenbezogenen Akten des MfS niederschlagenden Auseinandersetzungen können als »Akt der Selbstbefreiung« gelesen werden. »Die Geschichte der Opposition ist

³¹ Siehe Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1955, S. 716.

³² Siehe Buthmann, Reinhard: *Widerständiges Verhalten und Feldtheorie*, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): *Macht – Ohnmacht – Gegenmacht* (Anm. 24), S. 89–120.

³³ Siehe Miethe, Ingrid: *Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe*, Opladen 1999; Dies.: *DDR-Opposition als Neue Soziale Bewegung?*, in: Neubert/Eisenfeld (Hrsg.): *Macht – Ohnmacht – Gegenmacht* (Anm. 26), S. 121–140. Miethe untersucht die Handlungsmotive einer Frauenfriedensgruppe der 80er Jahre und stellt fest, dass die Auseinandersetzung mit der Familiengeschichte in der NS-Zeit, mit der erfahrenen Repression in der DDR und mit der familiären Gewalt typische Konstellationen für die Entwicklung oppositioneller Verhaltensweisen darstellten und zugleich einen Autonomiegewinn bedeuten.

vor allem als eine Geschichte dieser Wiederherstellung der Person zu schreiben.«³⁴ Das gilt eben auch für die Akteure des isolierten Widerstandes.

Gruppenbildungen

Einen beträchtlichen Teil von Widerstandsaktionen haben einzelne Personen unternommen, die völlig auf sich allein gestellt waren. Hier handelte es sich offenbar meist um spontane Handlungen. Der logistische Aufwand war dadurch in Grenzen zu halten, wenngleich ein Mindestmaß an Vorkehrungen für die persönliche Sicherheit getroffen werden musste. Unübersehbar ist aber, dass es unter diesen Widerständlern eine Tendenz gab, sich in Gruppen zusammenzuschließen. Neben dem schon genannten Autonomiegewinn konnte dadurch eine soziale und kommunikative Gruppenidentität entwickelt werden, die den Mangel an Kommunikation mit der Außenwelt kompensierte. In diesen Gruppen wurden in der Regel gründliche strategische und oft auch inhaltliche Debatten geführt.

Allerdings gab es häufig ein kollektives Handeln, an dem eine mehr oder weniger große Anzahl von Beteiligten mitwirkte. Dies waren in der Regel keine organisierten Gruppen mit einer Gruppenidentität, sondern Betriebsbelegschaften bzw. »Arbeitskollektive«, Schüler- und Studentengruppen, Ansammlungen in Verkehrsmitteln und beim Anstehen in der »Schlange« oder Besucher von Sportveranstaltungen. Und immer wieder gab es Gruppen von Jugendlichen innerhalb und außerhalb subkultureller Szenen, die sich bei Großveranstaltungen trafen, regelmäßig in Gaststätten zusammen kamen oder als Straßengruppen auffielen. Zumeist entstanden hier spontan kritische Situationen. Ärger mit der Versorgungslage beim Schlangestehen, falsche Lohnabrechnungen, Omibusspannen, Verbote von Musiktiteln und anderes mehr führte zu Unmutsbekundungen, die oft sehr schnell politisiert wurden. Manchmal gab es Rangeleien und Tumulte, bei denen politische Losungen gerufen wurden. Solche Situationen fürchtete die durch den 17. Juni traumatisierte SED und traf Sicherheitsvorkehrungen. Selbst an Einkaufsschlangen konnten deswegen Polizisten postiert werden. Besondere Treffpunkte, wie die berühmte Milchbar in Ostberlin, wurden ständig überwacht. Außerdem befürchtete und vermutete das MfS, dass hinter solchen Ansammlungen und spontanen Aktionen irgendwelche organisierten Kräfte stehen würden.

Bisweilen wurde das MfS fündig. So fiel dem MfS 1976 im Raum Frankfurt (Oder) eine größere Gruppe jugendlicher und junger erwachsener Arbeiter auf, die Beatkonzerte besuchte, sich lautstark bei Musik- und Sportveranstaltungen

³⁴ Pollack, Detlef: Kulturelle, soziale und politische Bedingungen der Möglichkeit widerständigen Verhaltens in der DDR, in: Ders.: Politischer Protest. Politisch-alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000, S. 366.

meldete, durch die Gaststätten der Umgebung zog und sich mit Mopeds und Motorrädern beschäftigte. Einmal störten sie eine Feier in einer Gaststätte, bei der zwei Sektflaschen und eine Aufschnittplatte zu Bruch gingen. Einer der Beteiligten hatte den Spitznamen »Steppenwolf«, der von der Kanadisch-Amerikanischen Rock-Band stammte. Der Name ging bald auf die ganze Gruppe über, die nun sich selbst »Steppenwölfe« nannte. Das MfS war aufs Höchste alarmiert, als es erfuhr, dass die Gruppe nach Berlin fahren wollte, um angeblich das »X. Parlament der FDJ«, eine agitatorische Großveranstaltung, zu stören. Nun wurde vom MfS festgehalten, dass »es sich um eine echte Gruppierung handelt, die sich den Decknamen »Steppenwolfbande« gegeben hat«. ³⁵ In der Folge versuchte man, die Gruppe zu »kriminalisieren«. Als ein Mitglied einen kleinen Diebstahl beging, wurde er zur Denunziation als inoffizieller Mitarbeiter erpresst. Es folgten Haftstrafen und schließlich die Auflösung der Gruppe. Aus der Aktenlage wird offensichtlich, dass das MfS in dieser jugendlichen Freundschaftsgruppe viel mehr Politisches gesehen hat als diese selbst. Erst die Intensität der Verfolgung hat wohl in diesem Fall, wie in vielen vergleichbaren Vorgängen, bewusste Gegner des Systems geschaffen.

An zwei Beispielen von tatsächlich politisch motivierten Gruppenbildungen, die jeweils Reaktionen auf den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 waren, zeigt sich auch die Entwicklung solcher Gruppen. Aus den anfänglich übereinstimmenden politischen Meinungen und Urteilen wachsen wohl durchdachte Handlungen. Beide Gruppen sind erst kürzlich in den MfS-Aktenbeständen entdeckt worden.

Eine dieser Gruppen wurde von jungen Jenaer Arbeitern gebildet, die den Mauerbau ablehnten und entschlossen waren, gegen das Unrechtssystem etwas zu tun. ³⁶ Anfang 1962 beschäftigten sich einige Mitglieder der Gruppe mit Fluchtplänen. Sie erkundeten Fluchtmöglichkeiten an der Grenze in Südthüringen, gaben jedoch ihren Plan wegen der enormen Schwierigkeiten auf. Sie diskutierten nun über wirksame Widerstandsaktionen. Dabei erwogen sie auch Sprengstoffanschläge gegen die SED-Kreisleitung oder die MfS-Kreisdienststelle in Jena. Versuche mit selbst hergestelltem Sprengstoff schlugen jedoch fehl.

Ihre erste Aktion starteten sie in den frühen Morgenstunden des 8. Dezember 1962. An einer Bahnunterführung und in einer Straße brachten sie weithin sichtbare Losungen an. Sie richteten sich gegen Walter Ulbricht, verlangten das Recht auf Ausreise aus der DDR, kritisierten die schlechte Versorgungslage und forderten Freiheit. In der Folgezeit beschäftigte sich die Gruppe mit der Herstellung von Flugblättern. Zunächst griff sie auf die Kinderstempelkästen zurück. Im Januar 1963 entwarfen die Gruppenmitglieder einen Text, beschafften in verschiedenen

³⁵ BStU, MfS, Ast Frankfurt (Oder), AIM 218/80, Bd. I/1, Bl. 18. Aus einer umfangreichen Recherche zu den Steppenwölfen von Regina Teske.

³⁶ Erstveröffentlichung in: Neubert, Ehrhart/Auerbach, Thomas: »Es kann anders werden«. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989, Köln 2005, S. 88–90.

Städten Papier, Druckkästen und sonstiges Zubehör zur Flugblattherstellung. Der Text der Flugblätter geißelte die politischen und wirtschaftlichen Zustände in der DDR und rief die Bevölkerung Jenas zum Widerstand auf. Eine Botschaft der jungen Arbeiter lautete: »Einwohner Jenas! Wie lange wollt ihr Euch noch die katastrophale Ausbeutung der Ostzonen-Politik gefallen lassen? Erhöhte Normen, niedrige Löhne, militärische Ausbildungen, unzureichende Lebensmittel und hoher politischer Druck, das sind die Errungenschaften und Ziele der Ostblockpolitik. Verteidigt Euch gegen diesen Wahn. Denkt daran: »Einigkeit macht stark!« Die starke Rüstung und kostspielige Grenzüberwachung macht die Staatskassen leer. Die Euch gefangen halten, nehmen euch Freiheit, Wohlstand u. Freie Wahlen!«³⁷

Die Schriften sollten mit einer Metallplatte in hoher Auflage gedruckt und Anfang März 1963 in Jena verteilt werden. Dazu kam es nicht mehr. Die sechs jungen Männer wurden am 11. Februar 1963 festgenommen, da es dem MfS gelungen war, einen Spitzel einzuschleusen. Die Gruppe hatte dem Mann vertraut, da er sich als Westdeutscher ausgab, der in der DDR im Auftrag einer Geheimorganisation für die Wiedervereinigung arbeiten sollte.

Noch stringenter ist die Entstehung und Entwicklung einer Ost-Berliner Gruppe, die sich »Deutscher Wiedervereinigungsbund« (DWB) nannte und von Mai 1962 bis Mai 1963 arbeitete.³⁸ Die zwölf jungen Berliner und Berlinerinnen, Mitarbeiter der Staatsbibliothek, vier Arbeiter und ein Student, fanden sich über private Gespräche zur Lage im geteilten Deutschland. Als sich die Diskutanten im Mai 1962 als Gruppe konstituierten war zunächst nur an die Erörterung von Möglichkeiten einer Wiedervereinigung gedacht. In der Gruppe dominierten anfangs Vorstellungen von einem neutralen Deutschland, das gesellschaftspolitische Elemente des Ostens und des Westens aufnehmen sollte. Hier drückte sich wohl auch der Unmut über den Westen aus, der den Mauerbau hingenommen hatte. In den Gesprächen reifte schließlich auch der gemeinsame Wille zu wirksamem politischen Handeln heran. Beide deutsche Regierungen sollten unter politischen Druck gesetzt werden, damit sie eine ernsthafte Wiedervereinigungspolitik in Gang setzten. Es entstanden eine Reihe von Grundsatzpapieren und Pläne für die Ausdehnung der Gruppe, die zeitweise auch als Partei firmierte. Nach längeren strittigen Gesprächen, die den Gruppenzusammenhalt gefährdete, setzte sich aber eine Haltung durch, die in der DDR das eigentliche Hindernis für eine Wiedervereinigung sah.

Die Gruppe hatte ausgeklügelte Sicherheitsvorkehrungen getroffen und ging im Frühjahr 1963 zu Aktionen über. Der Deutsche Wiedervereinigungsbund wollte sich bekannt machen und hoffte auf eine Mobilisierung der Bevölkerung.

³⁷ BStU, MfS, Ast Gera, AUV 1862/63 GA/HA Bd.VI Bl 15.

³⁸ Erstveröffentlichung über diese Gruppe: Teske, Regina: Der Deutsche Wiedervereinigungsbund (DWB). Ein Beispiel politischer Gegnerschaft der sechziger Jahre, in: Deutschland Archiv 38 (2005), H. 6, S. 1016–1022.

Adressen für Briefaktionen wurden gesammelt. Vor allem sollten Flugblätter in die Briefkäsen geworfen werden. Dies gelang mehrfach. Eines der mit einem Stempelkasten in einer Auflage von etwa 800 Stück hergestellten Blätter trug den Text: »Deutsche! Eure Tat für die Wiedervereinigung! Kämpft gegen die Regierung der DDR! Unterstützt den Deutschen Wiedervereinigungsbund! Unser Vaterland – ein Deutschland.«³⁹ Auch in diese Gruppe konnte das MfS einen Zuträger einbauen. Die Beteiligten wurden unmittelbar vor einer Verteilaktion am 1. Mai 1963 verhaftet und mit hohen Gefängnisstrafen belegt.

Vergleichbare Widerstandsgruppen hatten sich auch nach dem Volksaufstand 1953 gebildet. Die kurze Lebensdauer solcher Gruppen, das Ausbleiben jeder Berichterstattung und die langen Haftzeiten sorgten schließlich auch dafür, dass diese Gruppen unbeachtet blieben und kaum in das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung eingingen. Viele in Verkehrsmitteln oder Briefkästen aufgefundene Flugblätter wurden bei der Polizei abgeliefert. Zumeist werden dies systemtreue Menschen getan haben. Aber es gab auch Leute, die an eine Provokation dachten und daher der eigenen Verfolgung zuvorkommen wollten.

Anlass und Gelegenheit

Widerstandshandlungen wurden oft durch politische Ereignisse oder deren Jahrestage veranlasst bzw. angestoßen. Es handelte sich um Gelegenheiten, die zum Anlass genommen wurden, Bevölkerung und Machthaber daran zu erinnern, dass die Macht der SED Grenzen hatte. Sehr häufig wurde an den Volksaufstand vom Juni 1953 erinnert⁴⁰. Er kam in Texten vor, erschien als Losung an Wänden und auf Straßen oder wurde als Drohung ausgesprochen. All dies zeigt, dass er in der Bevölkerung nicht vergessen war und die SED an ihr altes Trauma erinnert werden sollte. Jüngere Menschen waren oft zu solchen Handlungen animiert worden, wenn westliche Medien an den runden Jahrestagen über das Ereignis berichteten. Bisweilen konnte das auch zu spontanen Protesthandlungen führen.

Am 17. Juni 1964 legten 30 Schüler der 9. Klasse einer Jenaer Schule um 1200 Uhr während des Staatsbürgerkundeunterrichtes eine Gedenkminute ein, indem sie alle den Kopf auf die Hände stützten und eine Minute lang auf die Fragen der Lehrerin nicht reagierten. Danach erklärten einige Schüler, dass sie eine »Schweigeminute anlässlich des 17. Juni durchgeführt hätten«.⁴¹ Unmittelbar ausgelöst

³⁹ BStU, MfS, AU 13109/64, GA/BA, Bd. 10, Bl. 41.

⁴⁰ Solche Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Erinnerung an den 17. Juni 1953 bei Eisenfeld, Bernd/Kowalczyk, Ilko-Sascha/Neubert, Ehrhart: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004, S. 217–242.

⁴¹ Einzelinformation über ein Vorkommnis in der Adolf-Reichwein-Oberschule Jena anlässlich des 17. Juni 1964; BStU, ZA, ZAIK 908, Bl. 1 ff.

war dieser Protest durch einen Lehrer, der zuvor die SED-Deutung des Aufstandes vorgetragen hatte. Offenbar hatten aber die Schüler andere Informationen, da der Aufstand in Jena besonders heftige Formen angenommen hatte und in den Familien noch überliefert wurde. Anlässe boten auch die unmittelbaren Ereignisse und später die Erinnerungen an die ungarische Revolution 1956 oder den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes 1968 in der Tschechoslowakei.

Viele Widerstandsaktionen richteten sich gegen die so genannten »Volkswahlen«. Hier gab es Boykottaufrufe und Hinweise auf den undemokratischen Charakter der abverlangten Akklamation. Auch Staatsfeiertage und repräsentative Ereignisse boten Anlässe. Manchmal regelrecht hasserfüllt erfolgten Angriffe auf die Staatsoberhäupter, Walter Ulbricht und Erich Honecker, wenn diese besonders in Erscheinung traten.

Und es gab unmittelbare Reaktionen auf akute Krisen und Konflikte. Häufig wurde auf die verlogene Propaganda der SED reagiert. Am 7. Oktober 1977 kam es zu Krawallen und Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen und der Polizei auf dem Berliner Alexanderplatz. Als die Polizei mit unverhältnismäßiger Härte eingriff, wurden politische Losungen gerufen, etwa: »Die Mauer muss weg!« Die Presse schob dies Kriminellen und Rowdys in die Schuhe. Daraufhin erschienen Schriften, die nach den Verhafteten fragten und die Vorwürfe zurückwiesen. Losungen drückten Solidarität mit dem verhafteten Rudolf Bahro aus, dem eingesperrten Nico Hübner oder dem ausgebürgerten Wolf Biermann. Immer wieder wurde gegen die Stasi und die politische Justiz protestiert und die Freilassung der Gefangenen gefordert. Solche Proteste waren häufig mit Aufrufen verbunden, aktiv gegen den SED-Staat vorzugehen. Nach der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen und den Repressionen gegen die Charta 77 in der Tschechoslowakei erschienen deren Schriftzüge an vielen Orten.

Von besonderem Interesse ist, dass viele Aktionen in den 80er Jahren die Inhalte und Symbole der oppositionellen Friedensbewegung aufnahmen. Friedenszeichen, auch der Slogan »Schwerter zu Pflugscharen« wurden an Wände geschrieben. Nach der Besetzung der Berliner Umweltbibliothek in der Zionskirchgemeinde und den Verhaftungen von Bürgerrechtlern im Januar 1988 tauchten ebenfalls Losungen und Flugblätter auf, die deren Freilassung forderten. Und noch im Frühherbst 1989 erschienen Losungen für die Zulassung des Neuen Forums. In einigen Fällen mögen die Verursacher solcher Aktionen Menschen aus der Opposition oder deren Umfeld gewesen sein. In vielen Fällen aber ist deutlich, dass hier ganz »normale« Bürger die Feder führten. Nachgewiesen ist dies etwa bei den Protesten gegen die blutige Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung in Peking im Frühjahr 1989.⁴² Neben Oppositionellen ha-

⁴² Siehe Neubert, Ehrhart: Niederschlagung der Demokratiebewegung in Peking. Reaktionen in der DDR, in: Horch und Guck 1999, H. 26, S. 29–37.

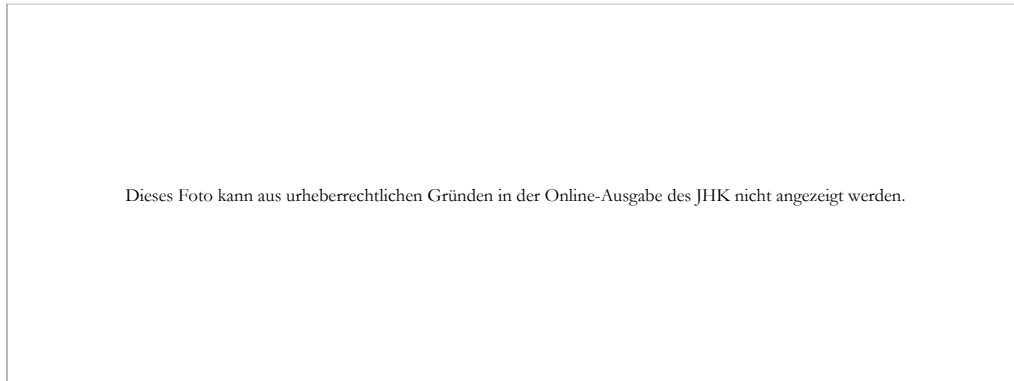


Abb. 4: Ausschnitt eines Schriftzuges an einer Hauswand in der Brunnenstraße 13 in Berlin vom 17. November 1976. »Patrioten werden ausgebürgert. Helft Biermann!«

ben zahlreiche Bürger diese Proteste selbst initiiert. Sicher haben sich nicht alle der Akteure mit den Inhalten der Opposition identifiziert, wenn sie überhaupt solche kannten. Vielmehr boten die Nachrichten von der Existenz dieser Opposition den »normalen« Bürgern eine Gelegenheit, ihren Unwillen gegenüber der SED zum Ausdruck zu bringen.

»Die Mauer muss weg«

Unter den politischen Optionen und Zielen des isolierten Widerstandes von 1949 bis 1989 ragen explizit und implizit die Forderungen nach der Wiederherstellung der Deutschen Einheit heraus. So sehr auch gegen einzelne Erscheinungen des repressiven und undemokratischen SED-Systems polemisiert wurde – die grundsätzliche Frage nach dem Existenzrecht der DDR stand fast immer im Hintergrund. Unzählige Aktionen richteten sich gegen die Grenze und die Mauer, protestierten gegen die Folgen der Teilung und forderten die Wiedervereinigung. Zu dieser Kategorie des Widerstands zählten auch Aktionen von Menschen, die sich durch Flucht oder Ausreiseantrag in den Westen absetzen wollten. Mit Witz und Schlauheit, um Kriminalisierungen möglichst zu entgehen, haben sie widerständige Handlungen in direkter und symbolischer Form ausgeführt. Der Ausreiseantrag war stets eine Totalabsage an die DDR und eine Option für die demokratische Bundesrepublik.⁴⁴ Was für jede Form von Widerstand und Opposition gilt,

⁴⁴ Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.): Zwischen Selbstbe-

muss auch hier in Rechnung gestellt werden: Die Ostdeutschen erlebten die durch die SED angestrebte »sozialistische Nation« als Zumutung, wenn nicht gar als einen Angriff auf ihre nationale Identität. Die faktische Besatzung durch die Sowjetunion hat diese Sorge um den Identitätsverlust noch verstärkt. Natürlich spielten wohl auch immer der wirtschaftliche und soziale Abstand zur Bundesrepublik eine Rolle. Aber die Widerstandshandlungen bezogen sich äußerst selten auf die Misswirtschaft, es sei denn auf die Selbstbevorteilung der hohen SED-Funktionäre.

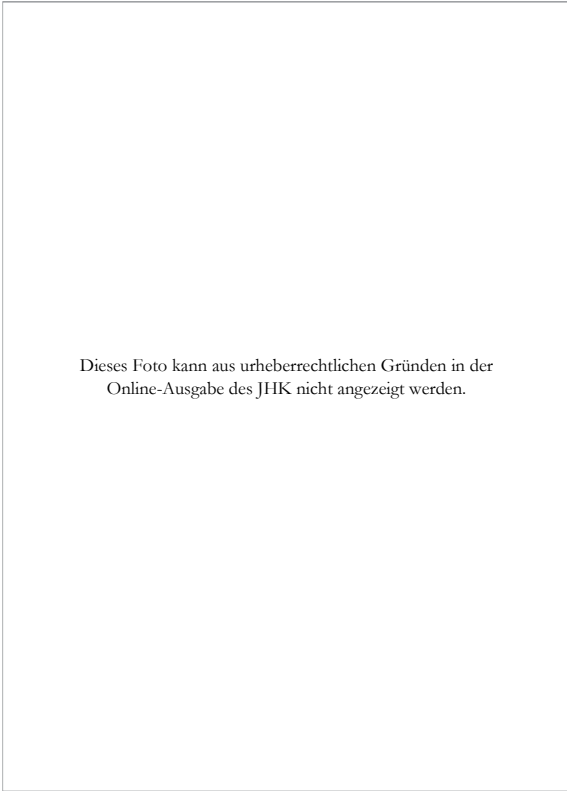
Nicht immer sind aus den bisweilen kurzen nationalen Botschaften genauere Angaben über die Vorstellung eines zukünftig vereinten Deutschlands zu erkennen. Dort, wo derartiges erkennbar ist, verbindet sich die Einheitserwartung mit Freiheit, Demokratie, Recht oder freien Wahlen. Wohl aber gibt es auch einen kleinen Anteil von rechtsextremistischen Losungen, die in irgendeiner Form die Einheit der Nation mit nationalistischen und neonazistischen Vorstellungen verbinden. Viele dieser Erscheinungen können als »rechtsextremer Widerstand«⁴⁵ klassifiziert werden, der ebenfalls dem Bedürfnis nach einer nationalen Identität entsprang. Allerdings sollten wohl diese Parolen die antifaschistische SED besonders empfindlich treffen. Letztlich offenbaren sie auch, dass in der DDR keine demokratischen Werte und Traditionen gepflegt wurden.

Die sehr starke nationale Orientierung in der ostdeutschen Bevölkerung ist im Westen nicht oder kaum zur Kenntnis genommen worden. Die erfolgreiche Bundesrepublik hatte in einem Prozess der »Selbstanerkennung« zwar rhetorisch nicht vollständig, aber politisch mit den Einheitsvorstellungen abgeschlossen. Dieser Zeitgeist verstellte den Blick auf das Verlangen der Ostdeutschen. 1989 wurde der Westen von der nationalen Energie der ostdeutschen Bevölkerung überrascht. Was sich in den Rufen nach der Einheit im Spätherbst 1989 auf den Straßen entlud, war eben nie völlig verschüttet. Es ging nun in Erfüllung, was der »Deutsche Wiedervereinigungsbund« 1963 in seinen geheimen Papieren formuliert hatte: »Millionen Deutscher erhoffen die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, Millionen Deutscher sehnen den Tag herbei, an dem Schlagbäume und Wachtürme fallen, an dem der Deutsche des Ostens dem Deutschen des Westens mit offenen Armen entgegengeht, ohne dass er durchschossen im Stacheldraht liegen bleibt, den Tag, an dem ganz Deutschland von Jubel erfüllt ist: Wir sind e i n e Nation, wir sind wieder ein Staat, wir sind ein Deutschland.«⁴⁶

hauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 192–223.

⁴⁵ Eisenfeld, Bernd: Rechtsextremismus in der Ära Honecker, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 13 (2001), H. 2, S. 5–10.

⁴⁶ BStU, MfS, AOP 14616/64, Bl. 217. Aus dem Programm des Bundes.



Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Abb. 5: MfS-Dokumentation zweier Protestplakate in Reichenbach vom 5. August 1978 (oben) und in Gottesgrün bei Greiz vom 16. Juni 1978 (unten).

Obwohl es dem MfS und anderen Verfolgungsorganen gelang, viele solche gegenrische Aktionen und deren inhaltliche Ausrichtung aus der Öffentlichkeit zu verdrängen, darf deren politische Wirkung nicht unterschätzt werden. Jürgen Kocka glaubte die gegenwärtige Oppositions- und Widerstandsforschung kritisieren zu können, weil in ihr »manche Tendenz zu rückblickender Hochstilisierung und Teleologie«⁴⁷ zu beobachten sei. Im Blick auf den isolierten, unbekannt und verkannten Widerstand stimmt das sicher nicht. Dieser ist in seiner Kontinuität unterschätzt worden, weil die Historiker selbst daran arbeiteten, die Teilung des Landes als von der Geschichte gegeben zu betrachten. Die Forschungen dazu sind allerdings längst nicht am Ende. Hier hat die Abteilung Bildung und Forschung in der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen eine besondere Verantwortung. So lange die Zugänge für die externe Wissenschaft aus Datenschutzgründen erschwert sind, kann und muss vor allen diese Einrichtung die Daten solchen Widerstandes zusammentragen und auswerten. Dieses Arbeits-

⁴⁷ Kocka: Bilanz und Perspektiven (Anm. 13), S. 765.

feld ist und bleibt auch wichtig für weitere Forschungsbereiche, etwa die Gesellschafts- und Alltagsgeschichte der DDR, die unvollständig blieben, wenn dieses massenhafte Phänomen übergangen würde.